

Überbeter Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbeter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 123.

Freitag, den 26. Mai 1916.

23. Jahrg.

Eine Friedensrede Wilsons.

Nicht ganz überraschend kommt aus Amerika die Kunde, daß Präsident Wilson sich als Friedensvermittler angeboten habe — einstweilen nicht den Regierungen der kriegführenden Staaten, sondern nach amerikanischem Landesbrauch in einer großen Versammlung.

Das gibt, wie wir von vornherein bemerken wollen, der Sache einen besonderen Anstrich. Man muß bedenken, daß die Wahlbewegung für die Präsidentschaft in Aussicht steht, daß die Parteien bereits ihre Vorbereitungen treffen und daß Wilson, wenn er nicht „unten durch“ sein will, sich möglichst populär zu machen trachten muß. Eine ganze Weile schien die beste Methode für diesen Zweck das Schwingen des Tomahawks gegen Deutschland; jedenfalls war der größte Teil der Presse damit einverstanden und zollte lebhaften Beifall. Aber eine Unterströmung im Volke war mit der Politik des Drohens durchaus nicht zufrieden und verlangte strengere Wahrung der Neutralität und Auftreten auch gegen England, namentlich wegen der systematischen Plünderungen. Dazu kam, daß der frühere Präsident Taft sich sehr bemerkbar an die Spitze des Bundes der Friedensfreunde stellte. Wie die „N.Y. Jg.“ durch Junkspruch von ihrem Washingtoner Vertreter erzählt, schrieb in den letzten Tagen die „New York Tribune“, also ein Blatt, das bisher sehr entschieden die englische Sache verfocht, daß unparteiische Beobachter glauben, die Haltung der Regierung gegen England habe sich wesentlich geändert. Es sei klar, daß, was auch immer Wilsons persönliche Ansichten seien, das Land eine genau bezeichnete Neutralität verlange; Wilson selbst läßt den Frieden rasch näher kommen und wünsche, dann von allen Seiten als annehmbar angesehen zu werden. Er fürchte, eine andere neutrale Macht werde ihm vielleicht zuvorkommen, und er werde daher nächsten Freitag vor Tafts Liga eine Ansprache zur Förderung des Friedensproblems halten, wobei er wahrscheinlich die äußeren Umrisse festlegen werde.

Wilson hat sich aber veranlaßt gesehen, schon früher als zunächst beabsichtigt, sich zur Friedensvermittlung bereit zu erklären. Er tat das am Sonnabend in Charlotte, wo zum 141. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Kolonie Nordcarolina (diese ging der allgemeinen Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten voraus) eine patriotische Feier stattfand. Nach einem Junkspruch des Vertreters von Wolffs Bureau sagte Wilson vor etwa hunderttausend Zuhörern, die Zeit sei für die Vereinigten Staaten gekommen, ihre Dienste zur Herbeiführung des Friedens zwischen den kriegführenden Ländern Europas anzubieten. Auf den Ursprung des Wachstums der Vereinigten Staaten Bezug nehmend, betonte Wilson, daß das Land in Wirklichkeit nicht aus der englischen Siedelung im Süden und aus Neuengland emporgewachsen sei, sondern daß der charakteristische Teil Amerikas seinen Ursprung in den mittleren Staaten New York, Pennsylvania und New-Jersey habe, in welchen von Anfang an eine Mischung von verschiedenen Rassen vorhanden war, die das charakteristische Kennzeichen der Vereinigten Staaten bilde.

Darauf folgte die nähere Erläuterung: „Die Männer, die ursprünglich herkamen, und diejenigen, die seitdem kamen, kamen mit allen möglichen Arten des Blutes, der Ueberlieferungen und der Abstammung, aber mit einer gleichen Leidenschaft für die menschliche Freiheit. Amerika, das als Schmelztiegel für diese mannigfaltigen Elemente diente, war immer in der Bildung begriffen, und während wir uns inmitten dieses Prozesses befinden, offensichtlich auf dem Höhepunkt und in der Krise dieses Prozesses, kam die große Umwälzung des europäischen Krieges. Dieser begreift in sich das Beste, was in Amerika vor sich gegangen ist. Es ist ein Wettbewerb nationaler Grundanschauungen, nationaler Ueberlieferungen, nationaler Politik und politischer Systeme. Europa hat sich in den Krieg verwickelt wie wir in den Frieden, um zu sehen, was aus diesen Dingen entsteht, wenn sie in heiße Berührung miteinander geraten. Was Sie auf der anderen Seite vor sich gehen sehen, ist ein fürchterlicher Prozeß, durch den ein Kampf der Elemente in einem Gottesurteil in eine Beordnung und Zusammenarbeit der Elemente umgewandelt werden dürfte. Ein interessanter Umstand in dieser Richtung ist, daß die kriegerischen Prozesse stillstehen. Diese heißen Dinge, die miteinander in Berührung stehen, machen keine großen Fortschritte aufeinander zu. Wenn Ihr nicht überwältigen könnt, so müßt Ihr beratschlagen. Hier in Amerika haben wir versucht, ein Beispiel dafür anzustellen, wie die ganze Welt auf der Grundlage von Freiheit, Zusammenarbeit und Frieden zusammengebracht werden kann. Dieser große Versuch, den wir in Amerika durchgemacht haben, ist eine Art von prophetischem Muster für das Menschengeschlecht. Was wollt Ihr tun mit Eurer Macht? Seid Ihr im Begriffe, sie in Gewalt zu verwandeln oder in den Frieden und die Rettung der Gesellschaft? Ich würde mich gern dem Gedanken hingeben, daß der Geist dieser Stunde seinen Ausdruck fände in unserer Vorstellung, daß wir dasjenige heilige Symbol des Rates, des Friedens, der Ausgeglichenheit

und des rechtlichen Urteils vor den Nationen der Welt aufrichten und wir sie so an die Stelle der heiligen Schrift erinnern: Nach dem Wind, nach dem Erdbeben, nach dem Feuer kommt die stille, sanfte Stimme der Menschlichkeit.“

Das ist zwar reichlich professoral und auch verworren. Weiter zeugt es davon, daß Wilson den Grund des Weltkrieges nicht versteht oder nicht verstehen will. Auch ist er, wie es scheint, über den Stand der Dinge sehr wenig unterrichtet, denn sonst hätte er von einem Stillstand der kriegerischen Prozesse nicht sprechen können in der Zeit des scharfen Kampfes bei Verdun und des mächtigen Vorstoßes der Oesterreicher gegen die Italiener. Aber es kann uns ziemlich gleichgültig sein, wie Wilson über den amerikanischen Schmelztiegel und über die „heiße Berührung“ der Dinge in Europa philosophiert, und mit welchem Grade von Urteilsfähigkeit er die militärische Sachlage erörtert. Das Wichtigste ist, daß er erklärt, die Zeit für Friedensvermittlung durch die Vereinigten Staaten sei gekommen.

Es kann sein, daß er dafür subjektive Gründe hat. Vor ganz kurzer Zeit noch ließ er sich dahin vernehmen, daß der Vorschlag, als Vermittler zu wirken, nur gemacht werden könne, wenn die Sicherheit bestehe, daß beide kämpfenden Parteien ihn annehmen würden. Soweit bekannt geworden, hat sich seitdem nichts an dem Verhältnis geändert, daß von deutscher Seite die Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen kundgegeben, von der Entente jedoch der Wille zur Fortsetzung des Krieges bis zum endgültigen Siege betont wurde. Es könnte also, um die jetzige Haltung Wilsons zu erklären, angenommen werden, daß er entweder direkt oder indirekt eine andere Auskunft über die wirkliche Meinung der Leiter der Ententepolitik erhalten hat, oder daß er seinen bisherigen Standpunkt kurzweg aufgegeben hat. Vielleicht ist dies der Fall, und dann läge die Erklärung in dem Satz der „New York Tribune“, Wilson fürchte, eine andere Macht werde ihm vielleicht zuvorkommen.

Zu derselben Zeit, als die Beziehungen zwischen Deutschland und der Union in einer starken Krise standen, wurde von einer Mitteilung des Papstes an den Präsidenten Wilson berichtet. Diese sollte einmal die Mahnung enthalten, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, dann aber auch die Aufforderung, Wilson möge der Wiederherstellung des Friedens dienen. Da der Papst sich während der ganzen Dauer des Krieges nicht nur in außerordentlich kluger Weise wirklicher Neutralität befleißigt hat, sondern auch durch menschenfreundliche Anregungen die Schreden des Krieges zu mildern bemüht war, hat er sich zweifellos überall ein hohes Ansehen verschafft, und wenn er unmittelbar die Friedensvermittlung in die Hand nähme, könnte ihm kaum Gehör verjagt werden, außer mit der diplomatischen Begründung, daß er keine weltliche Macht repräsentiere. Man muß sich erinnern, daß auf dem ersten Haager Kongreß die offizielle Teilnahme einer Vertretung des Papstes nicht „genehm“ war, weil Italien Widerspruch erhob. Heute, da

Italien für die Entente immerhin ein beachtenswerter Faktor ist, würde der Einspruch natürlich noch entschiedener sein. Aber nicht so einfach wäre es, das Angebot eines anderen Vermittlers abzulehnen. Ueber Genf wird aus Madrid gemeldet: Depeschen, die König Alfonso jüngst mit den Staatsleitern und anderen hervorragenden Persönlichkeiten der kriegführenden Staaten wechselte, gaben dem Madrider Friedensfreunden-Anlaß zu einer Propaganda, deren nächstes Ziel ist, den König zu veranlassen, Vertrauensmänner nach London, Paris, Wien, Berlin und Rom zu senden, um zu erkunden, unter welchen Bedingungen ein dritter Winterfeldzug in Europa vermieden werden könne.

Es ist sehr wohl möglich, daß die Aussicht, von anderer Seite würde die Friedensvermittlung erwogen, Mr. Wilson zu seiner einigermaßen auffälligen Schwankung veranlaßt hat. Denn nachdem seine Wiederwahl nicht unter dem Feldgeschrei der „Sicherung des Lebens amerikanischer Bürger“ auf die Gefahr eines Krieges hin betrieben werden kann, ist die Empfehlung als „Friedenmacher“ zugünstig.

Wie dem aber auch sei: Der Gedanke der Friedensvermittlung ist einmal geäußert worden und in einer Form, die zu wirklichen Versuchen nötigt. Präsident Wilson wird also nicht nur in Berlin, Wien, Konstantinopel und Sofia anfragen müssen, ob seine guten Dienste genehm seien, sondern auch in London, Paris, Petersburg und Rom. Mit einer einfachen Vereinerung kann nicht geantwortet werden; mindestens müssen Gründe für die Ablehnung einer Vermittlung angegeben werden. Wenn Mr. Wilson bei der Bemerkung um die Neuwahl als Präsident den Amerikanern sagen müßte, er habe sich als „ehrlücher Makler“ angeboten, sei aber zurückgewiesen worden, so würde ihn das gewiß nicht empfinden. Er wird also genötigt sein — schon in seinem eigenen Interesse — Klarheit über die Stellung der einzelnen kriegführenden Mächte zu schaffen.

Daß gerade Präsident Wilson der ideale Friedensvermittler sei, wird in Deutschland wohl von niemand behauptet werden. Es ist auch ziemlich sicher, daß einzelne Freisprecherorgane, die sich berufen fühlen, die Tonart der französischen Chauvinisten und englischen Jingo's nachzuahmen, lärmend jedes Entgegenkommen gegen Wilson als unmöglich erklären werden. Aber die verantwortlichen Männer müssen sich von der nächsternen Erwägung leiten lassen, daß es nicht darauf ankommt, von wem und aus welchen Gründen die Möglichkeit für eine ruhige Auseinandersetzung herbeigeführt wird, sondern darauf, daß sie gegeben wird.

In gewissem Sinn ist es sogar vorteilhaft, daß es Wilson ist, der den Versuch einer Vermittlung übernehmen will. Wohl oder übel wird er seine Erfahrungen mit den europäischen Regierungen auspacken müssen, denn dazu zwingt der Brauch seines Landes. Und dann wird sich herausstellen, wo die Hindernisse für den Frieden liegen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche Offensive am linken Maasufer hat eine ernste, wenn auch keine beunruhigende Wendung genommen.“ Mit diesen Worten kennzeichnet das „Echo de Paris“ die gegenwärtige Lage vor Verdun. Wir wollen diesen Ausführungen nichts hinzufügen, sondern nur darauf hinweisen, daß nach dem gestrigen Tagesberichte drei Versuche der Franzosen, daß ihnen genommene Dorf Cumieres wieder zu holen, scheiterten. Aus diesen Versuchen, die sich wiederholen dürften, geht hervor, welche Bedeutung auch die Franzosen dem Besitze des Dorfes beimessen.

Auf dem rechten Maasufer wurde der Steinbruch südlich des Gehöftes Handromont den Franzosen wieder entzogen. Südwestlich und südlich der Höhe Douaumont wurden mehrere französische Gräben genommen und dadurch die bisher erzielten Erfolge weiter ausgebaut.

Zu den Kämpfen um Verdun wird aus dem Großen Hauptquartier mitgeteilt: „Nach dem Fall von Cumieres klammerte sich der Feind nun verzweifelt an das wenige, was die deutschen Granaten noch von den Stellungen im Carreite-Wald übrig gelassen haben. Im wesentlichen ist aber jetzt die Maas geläubert. Der überraschende Erfolg der Franzosen bei und westlich der Feste Douaumont beginnt abzudröckeln. Sie hatten den Angriff mit ungewöhnlicher Wucht unternommen, offenbar, um das gefährdete linke Maasufer zu entlasten. Der Verlust von Cumieres zeigt, daß wir durch die standhafte Verteidigung in unserer Angriffsfront nicht behindert werden. Das Fort Douaumont ist nach wie vor nicht nur teilweise, sondern ganz und gar in unserer Hand.“

Der österreichisch-ungarische Angriff an der Südtiroler Front schreitet rüßig vorwärts. Die Angreifer, die nach der Besetzung von Surgen die Italiener gegen Osten trieben, überschritten bereits an mehreren Stellen den Majo und besetzten

Striegen. Vom Kempelberg aus gewann der Angriff weiter Raum gegen Süden und Osten und der Weg entlang des Brenta- und Sugana-Tal steht bereits unter dem Feuer österreichisch-ungarischer Geschütze. Die Italiener veruchten bei Verona vordringende Truppen zum Stehen zu bringen, ein Versuch, der vollkommen mißlang. Die Truppen im Brand-Tal besetzten gestern Chiesia.

Vor einigen Tagen hat der Reichskanzler Bethmann-Hollweg in der Form einer Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten sich über eine vorhergegangene Auslassung des englischen Ministers Grey geäußert. Zum Schluß sagte er: „Ich habe zweimal öffentlich festgestellt, daß Deutschland bereit war und ist, die Beendigung des Krieges auf einer Grundlage zu erörtern, die eine Gewähr gegen künftige Angriffe durch eine Koalition seiner Feinde bietet und Europa den Frieden sichert. Herrn Poincares Antwort darauf haben Sie gehört. . . . Aber eines weiß ich: Nur wenn sich die Staatsmänner der kriegführenden Länder auf den Boden der wirklichen Tatsachen stellen, wenn sie die Kriegslage so nehmen, wie sie jede Kriegskarte zeigt, wenn sie mit dem ehrlichen Willen, das entsetzliche Blutvergießen zu beenden, bereit sind, untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch zu erörtern, nur dann werden wir uns dem Frieden nähern. Wer dazu nicht bereit ist, der trägt die Schuld, wenn sich Europa noch fernerhin zersplittert und verblutet. Ich weise diese Schuld weit von mir.“

Die gesamten Ausführungen des Reichskanzlers sowie die vorher erfolgten Erklärungen Greys geben neue Veranlassung, daß die Abgeordneten Bonson (liberal-radikal) und Kammach (Arbeiterpartei) im englischen Unterhaus am Mittwoch das Thema zur Erörterung brachten. Der Ertere führte aus: Es ist ebenso gut die

Die Bundesratsverordnung über die Organisation des Kriegsernährungsamtes.

Das „Reichsgeblätt“ veröffentlicht die Bundesratsverordnung über „Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung“, die folgenden Wortlaut hat:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die im Deutschen Reich vorhandenen Lebensmittel sowie Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung erforderlich sind, für die Ernährung des Volkes in Anspruch zu nehmen. Er kann die Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr solcher Gegenstände regeln. Er kann in gleicher Weise über Futtermittel sowie Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Viehverzehrung erforderlich sind, zur Ernährung von Nutztieren verfügen.

§ 2. Der Reichskanzler kann die zur Durchführung des § 1 erforderlichen Bestimmungen treffen; er kann den Verkehr mit den daselbst bezeichneten Gegenständen und ihren Verbrauch regeln, auch Bestimmungen über die Preise treffen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehn tausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, und daß neben der Strafe die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden. Der Reichskanzler kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen.

§ 3. Die vom Bundesrat zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen bleiben unberührt. Der Reichskanzler kann in dringenden Fällen abweichende Bestimmungen treffen; diese sind dem Bundesrat unverzüglich vorzulegen.

§ 4. Der Reichskanzler kann die Befugnisse, die ihm nach dieser Verordnung oder anderen zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen zustehen, ganz oder teilweise durch eine seiner Aufsicht unterstehenden Behörde ausüben. Er bestimmt das Nähere über Einrichtung, Geschäftskreis und Geschäftsgang dieser Behörde.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers.

§ 1. Unter dem Namen Kriegsernährungsamt wird eine Behörde mit dem Sitz in Berlin errichtet. Sie untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers. Dem Kriegsernährungsamt wird die Wahrnehmung der dem Reichskanzler in §§ 1 und 3 der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen zuzustehen, soweit sie nicht ausdrücklich vorbehalten werden. Der Tag, an dem die Behörde in Wirksamkeit tritt, wird im „Reichsanzeiger“ bekanntgemacht.

§ 2. Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes besteht einschließlich des Vorsitzenden aus sieben bis neun Mitgliedern. Der Vorsitzende führt die Amtsbezeichnung Präsident des Kriegsernährungsamtes. Er leitet die Geschäfte, vertritt die Behörde nach außen und ist für die Ausübung der dem Kriegsernährungsamt übertragenen Befugnisse verantwortlich. In wichtigen Fragen entscheidet er nach Beratung mit dem Vorstand. Rechtsverordnungen sind im „Reichsgeblätt“ bekanntzugeben.

§ 3. Dem Kriegsernährungsamt werden zur Bearbeitung der laufenden Geschäfte die erforderlichen Arbeitskräfte zugeteilt.

§ 4. Dem Kriegsernährungsamt wird ein Beirat beigegeben. Er besteht aus Vertretern der obersten Reichsbehörden, der Landesregierungen, der Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften, sowie einer Anzahl anderer Sachverständiger. Den Vorsitz führt der Präsident des Kriegsernährungsamtes. Der Beirat ist in grundsätzlichen Fragen zu hören. Er ist zu regelmäßigen Beratungen über die Lage der Volksernährung zu versammeln. Die Geschäftsordnung erläßt der Reichskanzler auf Vorschlag des Vorsitzenden.

§ 5. Den Vorsitzenden, die Mitglieder des Vorstandes sowie die dem Kriegsernährungsamt als Räte zugeteilten Personen beruft der Reichskanzler. Die übrigen Beamten und Hilfskräfte beruft der Vorsitzende. Die Mitglieder des Beirats werden vom Reichskanzler berufen. Sie versehen ihr Amt als Ehrenamt.

§ 6. Soweit die in § 5 genannten Personen nicht in einem zur Amtsverschwiegenheit verpflichtenden Reichs- oder Staatsdienstverhältnis stehen, sind sie zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten und insbesondere zur Amtsverschwiegenheit zu verpflichten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 26. Mai.

Eine unwirksame Maßnahme. Zu dem von uns mitgeteilten Bundesratsbeschlusse über die teilweise Bestandsaufnahme von Fleischkonserven, Räucherwaren von Fleisch, Dauerwürsten aller Art, geräucherter Speck, in dem bestimmt wird, daß nur die nicht lediglich für den Haushalt des Eigentümers zur Verwendung gelangenden Sachen dieser Art zur Anzeige gebracht werden sollen, macht die „Berliner Volkszeitung“ folgende treffende Bemerkungen:

„Mit dieser Verordnung wurde auch nur halbe Arbeit geleistet. Seit Monaten wird in der Presse die Forderung nach einer allgem. Bestandsaufnahme erhoben, — jetzt erfolgt ein Beschluß des Bundesrats, der sie anordnet, — leider nur mit einer Einschränkung, die die ganze Maßnahme wirkungslos macht. Der Beschluß des Bundesrats verpflichtet nur zur Anzeige der Bestände, die nicht lediglich für den eignen Haushalt bestimmt sind. — es sollen also nur die Bestände zur Anzeige kommen, die für den Handel bestimmt sind. Es ist leicht ersichtlich, daß unter dieser Voraussetzung die Maßnahme des Bundesrats einen Schlag ins Wasser bedeutet, denn was bei der Bestandsaufnahme, die von der Presse gefordert wurde, getroffen werden sollte, waren ja gerade die Bestände, die draußen auf dem Lande für den eignen Bedarf eingeschlagen worden sind. Diese läßt der Beschluß des Bundesrats aber von der Verpflichtung der Bestandsanmeldung frei. Mit andern Worten will das sagen, daß draußen auf dem Lande der Verbrauch an Fleisch, der ja dort lediglich aus eignen Beständen gedeckt wird, nicht auf bestimmte Mengen beschränkt wird, daß dort jeder nach seinem Belieben Fleisch verzehren kann, während in der Stadt die Bewohner nur ein geringes Quantum erhalten und verzehren dürfen. Nieher und immer wieder die offensündliche Ungleichheit in der Fleischversorgung, die Unterscheidung zwischen „Verbrauchern“ und „Herstellern“, die Behandlung des einen als Staatsbürger zweiter Klasse und minderen Rechts. Diese Begleiterscheinung der Schaffung des neuen Kriegsernährungsamtes ist doch sehr bedenklich und kann zu eigenartigen Schläffen führen.“

Wir gehen, daß wir nach den vielen lehrreichen Erfahrungen der letzten Zeit auf dem Gebiete der Ernährungsfragen einen besorgten Beschluß für unmöglich gehalten hätten.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 26. Mai. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Links der Maas wurde ein vor Corbort ausgeführter Handgranaten-Angriff, westlich der Höhe 304 abgeblieben. Auf dem östlichen Maasufer setzten wir den Angriff erfolgreich fort. Unsere Stellung westlich des Steinbruchs wurde erweitert.

In der Douaumont-Schlucht und südlich des Forts Douaumont wurde der Gegner weiter zurückgeworfen. Bei diesen Kämpfen wurden weitere 600 Gefangene gemacht und 12 Maschinengewehre erbeutet.

In der Gegend von Voivre, nordwestlich von Reims machten die Franzosen einen ergebnislosen Gasangriff.

Das im Tagesbericht am 21. Mai erwähnte, südlich von Chateau Salins abgebrochene feindliche Flugzeug ist das fünfte vom Leutnant Entgen im Luftkampf außer Gefecht gesetzt.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz. Keine Veränderung.

Oberste Seeresleitung.

ten, — aber es scheint, daß auch von unseren Behörden das Wort gilt: „Sie haben nichts vergessen und nichts hinzugeleert!“

Außerordentliche Brotzulage. Aus Berlin wird mitgeteilt: Der Fleischverbrauch bedarf zunächst der Einschränkung, um für den Herbst und Winter genügend schmalzreiches und Milchvieh zu beschaffen. Die Ernährungsschwierigkeiten sind dadurch vermehrt. Um so weit als möglich zu helfen, hat sich das Direktorium der Reichsgetreidestelle mit Zustimmung des Kuratoriums entschlossen, den Bundesstaaten eine größere Menge Mehl außerhalb des Verteilungsplanes zur Verfügung zu stellen, um für die kommenden Wochen den unter den jetzigen Verhältnissen besonders auf Brotmangel angewiesenen Bevölkerungsteilen, namentlich der industriellen Arbeiterklasse und den minderbemittelten Schichten in den größeren Städten eine außerordentliche Brotzulage gewähren zu können. In ähnlicher Weise sollen vom Beginn der Feuernte ab die landwirtschaftlichen Arbeiter bedacht werden. Die Verteilung auf die einzelnen Kommunalverbände erfolgt in Preußen durch die Regierungspräsidenten, in den anderen Bundesstaaten durch die Landes-Zentralbehörden.

Die Reichsgetreidestelle ist zu dieser Maßnahme, abgesehen von der etwas vermehrten Einfuhr aus dem Auslande und einer Ermäßigung der Anforderung der Heeresverwaltung, einmal durch den pünktlichen Eingang des größten Teils der von den Kommunalverbänden abzuliefernden Brotgetreidemengen, dann aber auch durch die verständnisvolle Mitarbeit der Kommunalverbände, wie der Verbraucher selbst bei Durchführung der vorgeschriebenen Verbrauchsbeschränkung in den Stand gesetzt worden. Immerhin bedeutet die jetzt bereitgestellte Menge das Höchstmögliche, was ohne Gefährdung der laufenden Brotversorgung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte allenfalls entbehrt werden kann. Das Direktorium vertraut daher, daß seine Maßnahme nicht zu Mißdeutungen in der Öffentlichkeit Anlaß geben und insbesondere nicht die Ueberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit weiterer spärlicherer Wirtschaft mit unseren Brotgetreidevorräten und sorgfamer Beachtung der behördlichen Verbrauchs-Regelung erschüttern wird. Nur die bisherige Sparsamkeit hat das jetzige helfende Eingreifen ermöglicht.

Ein Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1915 betr. Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Bastfasern (Zute, Flachs, Ramie, europäischer Hanf und überseeischer Hanf) und von Erzeugnissen von Bastfasern ist am 26. Mai 1916 erschienen, der am 1. Juni 1916 in Kraft tritt. Durch diesen Nachtrag haben die Paragraphen 1, 2, 3 und 5 der früheren Bekanntmachung eine abgeänderte Fassung erhalten. Insbesondere ist die Beschlagnahme auf die bisher beschlagnahmefreien Bastfaserstoffe und Garne ausgedehnt worden, welche nach dem 25. Mai 1915 aus dem Auslande und auf die Rohstoffe, welche zwischen dem 25. Mai und 1. September 1915 aus Belgien eingeführt sind. Die nach dem 1. Januar 1916 aus dem Auslande eingeführten Rohstoffe und Garne bleiben jedoch beschlagnahmefrei. Auch das Verarbeitungsverbot für Garnnummern ist ausgedehnt worden. Während die Herstellung von Nähgarnen und Nähzwirnen aus Bastfasernrohstoffen verboten ist, bleiben fertige Nähzwirne beschlagnahmefrei. Die Bekanntmachung enthält eine Reihe besonderer Uebergangsbestimmungen. Der Wortlaut der Bekanntmachung, der für Interessenten von Wichtigkeit ist, ist in den Amtsblättern und bei den Polizeibehörden einzusehen.

Eine Reichsbuchwoche wird, wie man uns schreibt, vom 28. Mai bis 3. Juni veranstaltet vom Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz. Der Zweck ist, möglichst viele gute Bücher unseren Soldaten ins Feld zu schicken. Es ist also nicht darauf abgesehen, alte, abgelegte Bücher zusammenzutragen, sondern vom Guten das Beste. Die Sammlung ist lothgedacht, daß in der Woche vom 28. Mai bis 3. Juni Bücher für unsere Truppen in den durch ausgehängte Werbeblätter kenntlich gemachten Annahmestellen abgeliefert werden. Gleichzeitig wird auch, gemäß einer Anregung des Zentral-Komitees, in den höheren und mittleren Schulen eine Sammlung von Büchern veranstaltet. Für Lübeck sind öffentliche Annahmestellen: Die Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstraße, die Lesehalle in der Mengstraße und sechs Buchhandlungen. (Näheres im Anzeigenteil dieser Zeitung.) Von den Ortskommitees müssen aus gelassen die Bücher an bestimmte Zentralstellen und werden dort aus als Liebesgaben den Truppen an der Front überhandt. Die Verlagsanstalten haben eine große Anzahl billiger, für diesen Zweck wohl geeigneter Bücher herausgegeben und zusammengestellt. In unseren Buchhandlungen ist diese Auswahl übersichtlich ausgelegt. Schon für den geringen Preis von 20 Pfg. ist Gezeichnetes zu haben. Wir sind überzeugt, daß auch diesmal das deutsche Volk dem Kufe mit gebetradigem Herzen folgen wird.

Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe. Am 26. Mai 1916 ist ein Nachtrag zu der Bekanntmachung über Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe und Baumwollspinnstoffe erschienen, durch den einige Bestimmungen der früheren Bekanntmachungen Abänderungen erfahren haben. Insbesondere sind verschiedene der in den Preislisten verzeichneten Preise einer notwendigen gewordenen Veränderung unterzogen worden. Der Wortlaut des Nachtrages ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Zigarrendiebstahl hatten vor einigen Tagen der Fikale des Zigarrengebiets von Grundmann in der unteren Hauptstraße einen unbetretenen Besuch abgefaßt und dabei mehrere Kisten Zigarren erbeutet. Dieser Erfolg hatte sie anscheinend zu der Meinung geführt, daß ihnen die Fortsetzung ihrer amerikanischen Tätigkeit keine größeren Schwierigkeiten bieten würde. Die Firma Grundmann war jedoch der Meinung, daß solche Fälle besonders empfindlich werden müßten und traf dazu ihre Vorbereitungen. Als nun in der verflorenen Nacht der Dieb wiederkam, auf das Gefüge des Schaufensters Ritz, mit dem Arme durch die Luftklappe klang und schon zwei Kisten Zigarren in der Hand hatte, fiel er plötzlich mit einem lauten Schrei, am Arme blutend, vom Fenster herunter. Der Langfinger und zwei seiner im gleichen Verfaß tätigen Freunde haben dann mit der Polizei nähere Bekanntschaft gemacht.

Die Bergierung der russischen Schiffswerte wurde gestern in einer Generalversammlung der Aktionäre auf Antrag des Vorstandes und Zustimmung des Aufsichtsrates einstimmig beschlossen. Das Aktienkapital wurde von 600 000 Mk. auf 3 600 000 Mk. also um drei

Millionen Mark erhöht. Vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herr Dr. Götz, wurde betont, daß die Vergrößerung hauptsächlich um deswillen notwendig sei, weil die Schiffswerte und Typen sich veränderten und vergrößerten und hierfür die bisherigen Beiträge nicht ausreichten. An der Kapitalerhöhung ist besonders die Hamburgische Vereinsbank beteiligt, deren Direktoren zu Mitgliedern des Aufsichtsrates erwählt wurden. Geplant ist weiter noch die Ausgabe von Obligationen in Höhe von zwei Millionen Mark.

ph. Verhafteter Betrüger. Ermittelt und festgenommen wurde gestern Abend der Händler Louis Moses gen. Heinemann, geb. am 23. 9. 1845 in Benschen, der dadurch einen hiesigen Hotelwirt und einen Bahnhofskehrer betrogen hatte, indem er ihnen vorzuschwindelte, er sei Viehhändler, hätte hier einen Viehtransport aus Rostock stehen, doch fehle ihm noch einiges Geld, um das Vieh anzulösen zu können. Dabei zeigte der Betrüger eine Geldtasche, in der sich, wie sich später herausstellte, zusammengeklebte Reklamen befanden, die Ähnlichkeit mit 1000 Markscheinen hatten. Heinemann, der sich Leuzmann aus Oberfeld nannte und auch solche Wiskarten bei sich trug, versuchte nun, das angeblich fehlende Geld zu borgen. Dem Vernehmen nach soll Heinemann auch an anderen Orten ähnliche Schwindelkugeln gemacht haben.

ph. Fahrrad Diebstahl. Am 24. ds. Mts., abends gegen 6 Uhr ist ein vor einem Hause in der Süßtrake hingestellt gewesenes Fahrrad, Marke Florett, gestohlen worden. Auf dem hinteren Sattelbühel befanden sich einige Eisenbahn-Gepäcknummern.

ph. Verurtheter Betrug. Festgenommen wurde ein Knecht aus Al-Rühren wegen Betrugsversuches. Derselbe hatte hier Kartoffeln verkauft und sich auf diesen Kauf Vorbehalt geben lassen, ohne im Besitze von Kartoffeln zu sein.

Schlutup. Die Sprechstunden des Lübecker Arbeiter-Sekretariats finden am Sonnabend, dem 27. Mai, von 5—7 Uhr abends im Gasthof „Zur Linde“ in Schlutup statt.

Segeberg. Weitere Durchsicht der Kalkbergshöhle. Die vor drei Jahren entdeckten Kalkbergshöhlen, von denen bekanntlich ein Teil zur Befestigung freigelegt, sind nunmehr weiter durchsichtigt worden. Zwei bedeutende Professoren der Geologie weilen mit ihren Schülern zu diesem Zwecke lebhafte mehrere Monate in unserer Stadt. Laut „Bl. N.“ handelt es sich insbesondere um den Jogen. Siedowitz dieser Höhlen. Es hat sich herausgestellt, daß dieser Gang sich weiterhin nach Westen wendet und in die Tiefe leitet und dabei aus der Gipsformation in anliegende Sandsteinformation gelangt. Der Gang ist sehr lang, durchschnittlich 5—8 Meter hoch, 10—15 Meter breit; es wird nicht schwer sein, ihn gangbar zu machen. Ueberhaupt brachten, wie man jetzt hört, die Untersuchungen Ergebnisse von unschätzbare Bedeutung, vielleicht nicht nur für die Geologie allein.

Hamburg. Eine Fleischschmuggel-Affäre großen Umfanges machte in den letzten Tagen viel Aufsehen. Wir lesen in der „Meiser-Ztg.“, daß wegen umfangreicher, seit einiger Zeit betriebener Fleischschmuggelerei der in der Ritterstraße wohnende Kaufmann Adolf Harms verhaftet worden ist. Er hat trotz des Ausfuhrverbots Waggonladungen Fleischwaren, die in der Fabrik von Chr. Wulff hergestellt waren, nach Berlin geschafft. Ein Waggon mit einer Ladung im Werte von 14 000 Mk. konnte vor der Abfahrt in Hamburg in Beschlag genommen werden. Es handelt sich auch um Fleischkonserven, deren Anfertigung für private Zwecke überhaupt verboten ist und die trotzdem in der Wulffschen Fabrik angefertigt und nach Berlin verschickt worden sind. Wie nun der „Correspondent“ mitteilt, hat sich der in sie verwickelte Inhaber der Fleischwarenfabrik an der Hohefluchtchauffee Chr. Wulff, dem gleichfalls die Verhaftung drohte, den Armen der Gerechtigkeit entzogen; er hat durch einen Schnitt über den Hals Selbstmord begangen. Zu den betrügerischen Handlungen selbst ist zu berichten, daß dringender Verdacht besteht, daß nicht nur von der Militärbehörde beantragte Fleischkonserven neu aufgearbeitet in den freien Verkehr gebracht wurden, sondern daß auch Fleisch von solchem Vieh in der Fabrik verarbeitet wurde, das, wie gleichfalls vor kurzem gemeldet worden, von Weiden in der Umgegend geschlohen wurde. — Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs. Nach einer statistischen Aufnahme, deren Ergebnis im „Hamburger Echo“ veröffentlicht wird, sind von 26 567 bis zum 31. März d. J. einberufenen Mitgliedern der hamburgischen Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei 1380 gefallen, davon 861 verheiratete und 519 ledige.

Altona. Aus dem Zuge gestürzt und überfahren. Bei der Einfahrt des Zuges 43 am Mittwoch abend 10,35 Uhr auf dem Bahnhof Altona stürzte ein Soldat infolge vorgetragener, Öffnens der Abteiltür und bei dem Versuch, auszufolgen, wählend sich der Zug also noch in Bewegung befand, auf der Bahnsteig, geriet unter den Zug und wurde auf der Stelle getötet.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch über die Fleisch-Bestandsaufnahme debattiert. Genosse Wagand bemängelte, daß noch kein Bericht über das Ergebnis der angeordneten Fleisch-Bestandsaufnahme erfolgt sei. Er wünscht, ferner Auskunft über die Herkunft von Fleisch- und Wurstaaren, die in letzter Zeit zum Verkauf kamen. Aus diesen Anfragen entwickelte sich eine ziemlich erregte Debatte, da die bürgerlichen Herren hierin eine Beunruhigung der Bevölkerung sahen. Unter Redner wies darauf hin, daß alles getan werden müsse, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Nur dadurch werde Beunruhigung vermieden. Ein Antrag unserer Fraktion, betreffend Aufhebung des Schulgeldes für Volksschulen, wurde vom Genossen Holzmeier begründet. Er wies darauf hin, daß er grundsätzlich die Einheitschule fordere. Der Antrag Holzmeier wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Hornann, der an einen früheren Beschluß erinnert, über die Unentgeltlichkeit des Schulgeldes für Volksschulen Bericht zu erstatten. — Ein Antrag, betreffend die Fortbildungsschulpflicht für die weiblichen Lehrlinge, den Herr Hornann begründete und der einen Bericht hierüber forderte, wurde angenommen. Genosse Behle forderte, daß die Forderung auf die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen und auch auf das Landgebiet ausgedehnt werde.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist Joeben das 8. Heft vom 2. Band des 34. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die wahren Anstifter der irischen Erhebung. Von Ed. Bernheim. — Die deutschamerikanische „Kulturgenossenschaft“ und das Deutschland in Amerika. Von Erwin Gudbe (San Francisco). — Die spanischen Sozialisten und der Krieg. Von Edmondo Peluso. — Nach bekanntem Rezept. Von Heinrich Cunn. — Nach ein Wort zur Steuerpolitik. Von R. Kautsky. — Die Gewerkschaften und die Lage der schwerhörigen Arbeiter. Von H. Wegmann.

„Der Hahnen Jacob“ ist Joeben die 11. Nummer des 33. Jahrganges erschienen.

Von der Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns Joeben Nr. 18 des 26. Jahrganges zugegangen. Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ war die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böhmig, für den folgenden Abdruck: Johannes Stelling. Verlag: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Damen-Konfektion

in auserlesen reicher Auswahl, billigst zum Verkauf gestellt

Sommer-Kleider

| | | | | | |
|--|--------------|-------|-------|-------|-------|
| Weißer Kleider entzückender Machart aus feinem Schleierstoff u. Batist, glatt u. bestickt, mit Hohlsäumen u. Zwischensätzen verarbeitet | 12.75 | 16.50 | 23.00 | 35.00 | 48.00 |
| Elegante Waschkleider in Voal, Krepon u. Organdy, hell u. dunkelgründig, mit neuest. Streublumen, Tupfen- u. Streifenmustern | 17.50 | 22.00 | 28.00 | 33.00 | 43.00 |
| Praktische Waschkleider aus Levantine u. Musseline, in Wolle u. Baumwolle, helle u. dunkle Streifen- u. Tupfenmuster | 6.95 | 10.50 | 18.00 | 22.00 | 29.00 |

Sommer-Blusen

| | | | | | |
|---|-------------|------|------|------|-------|
| Weißer Blusen neuester Machart aus feinem Batist u. Schleierstoff, glatt und bestickt, halsfrei und mit modernem Kragen | 2.75 | 3.25 | 3.95 | 4.90 | 5.75 |
| Elegante weiße Blusen aus Voal entzückend verarbeitet, mit Filetmotiven u. Stickerei, teils m. neuest., weit überfall. Schultertrag. | 4.90 | 6.75 | 8.50 | 9.75 | 10.75 |
| Moderne Sommerblusen aus farbigem Voal, Krepp u. Musseline, in neuesten Streublumenmustern, Streifen und Tupfen | 3.95 | 4.95 | 5.75 | 6.50 | 9.75 |
| Praktische Waschblusen aus Musseline, Levantine u. Leinen, einfarbig, hell u. dunkel gemustert, halsfrei u. mit Kragen | 1.95 | 2.95 | 3.25 | 3.75 | 4.25 |

Kostüm-Röcke

| | | | | |
|---|-------------|------|------|-------|
| Wasch-Röcke neueste Glockenform u. halbweit gearbeitet, a. Frotté u. Lein., weiß u. basfarb. | 3.45 | 4.80 | 7.50 | 9.75 |
| Praktische Röcke moderner Machart, aus einfarb. u. kleingemust. Fantasiestoffen | 3.75 | 4.50 | 6.75 | 7.50 |
| Schwarz-weiß-karierte Röcke neueste weiße Glockenform, teils m. aufges. Tasch. | 4.80 | 5.25 | 6.95 | 9.75 |
| Schwarz-blaue Kostüm-Röcke aus besten Kammgarn- und Cheviotstoffen | 6.75 | 9.50 | bis | 33.00 |

Elegante Kostüm-Röcke

in Taftselde, Voal und gestreift Grenadine

Unter-Röcke

| | | | | | |
|---|-------------|------|------|-----|-------|
| Wasch-Unterröcke einfarbig u. gestr. in Leinen und Wiener-Leinen-Nachahmung | 2.45 | 2.95 | 3.45 | bis | 6.50 |
| Alpaka-Unterröcke schwarz u. farb. m. Tressen u. Soutachierg. | 3.75 | 4.95 | 6.45 | bis | 9.75 |
| Moiré-Unterröcke schwarz und farbig hoh. Volant m. Plissee u. Seidensoutachierg. | 3.95 | 5.45 | 7.50 | bis | 12.00 |
| Satin-Unterröcke mit hohem Volant, schwarz und schwarz-weiß gestreift | 3.95 | 4.50 | 5.25 | u. | 6.50 |

Elegante Unterröcke

mit besonders weit ausspringendem Volant für Glockenröcke.

Auch während der Kriegperiode Für je 20 Pfennig eine Rabattmarke!
bei jedem Einkauf mit wenig Ausnahmen

Holstenhaus Lübeck

G. m. b. H.

Bekanntmachung.

Der Vorstand der vom Kommunalverband unter Verwendung von Beizenmehl hergestellten
Leberwurst zum Preise von Mk. 1.50 für das Pfund
Blutwurst 1.50
Bratwurst 1.60
haben in den mit entsprechendem Aufschlag versehenen Fleischereien und Würstgeschäften etc.
Die Verkäufer können den Aufschlag in der Geschäftsstelle, Breite Straße 65, 1. Stock, in Kenntnis nehmen. Der Aufschlag mag während des Verkaufs in einer von der Straße lesbaren Weise angedeutet werden.
Die Abgabe der Wurst darf nicht von der Entnahme anderer Waren abhängig gemacht werden.
Lübeck, den 25. Mai 1916.

Der Kommunalverband.

Zu verkaufen ein **Reibgrah** **Schleppwagen** auf Räder und **weiße Bohlen** (Grund- und Giarig's Reizen).
2439) Marienstr. 73, I. L.

Mehrere Lampen

zu verkaufen. **Wührer** (2445) **Erbsenstr. 14, III.**

Ein **guter kleiner Kinderwagen** mit **Matratze** zu verkaufen. (2447) **Georgenstr. 51, I.**

60 Scherchen u. **30 Bettel** samt **J. Alver**. (2455) **Schönstr. 11, III.**

Donnerst., Donnerstag, Samstag **Speckwaren** mit **schönen Sorten** und **ein Topf** zu **kaufen** gel. **Frei, u. J. J. 100** an **d. G.** (2456)

Photographien-Postkarten Vergrößerungen nach jedem Bilde in feinst. Ausführung zu kleinst. Preis. **Atelier „Modern“** 39 Breite Straße 39. **Hans Hirschfeld**. (2450)

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

haben Sie **billig** und **wohl** bei **Herrn Otto Albers** **Lehrstr. 10.**
u. **39 Breite Straße** (2458) an **Bedien** von **10. u. 4. u. 4A** an **Rote Leber-Markten**.

Herren- u. Knaben-Kleidung

| | | | | | |
|--------------------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| Herren-Anzüge | 24 ⁰⁰ | 29 ⁰⁰ | 36 ⁰⁰ | 40 ⁰⁰ | 48 ⁰⁰ |
| Jünglings-Anzüge | 18 ⁰⁰ | 22 ⁰⁰ | 28 ⁰⁰ | 32 ⁰⁰ | 36 ⁰⁰ |
| Herren-Sommerjoppen | 2 ²⁵ | 3 ⁶⁵ | 4 ⁹⁰ | 6 ⁵⁰ | 7 ⁹⁰ |
| Knaben-Sommerjoppen | 1 ⁹⁵ | 2 ⁵⁰ | 3 ⁶⁵ | 4 ²⁰ | 4 ⁹⁰ |
| Knaben-Waschblusen | 1 ³⁵ | 1 ⁹⁰ | 2 ⁶⁰ | 3 ⁸⁰ | 4 ²⁵ |

Arbeiter-Garderoben und Schuhwaren.

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. (2457) St. Petri 2-4.

Pr. fett. Ocksenfl. # 230

Bratwurst . . . # 250
Hollweisch . . . # 360
Schinkenbratwurst . . # 340
Gehacktes Beefsteak . . # 300
Frische Sülzwurst . . # 260
gek. Mettwurst # 210
Leberwurst u. Blutwurst mit Pfefferöl . . # 150
Bratwurst u. Pfefferöl # 160
Karl Labrtz, **14-16** (2458)

Wieder eingetroffen !!

Bourbonwärfel 3 für 10 Bg., **Sachs** und **saure Kase** in **Gelee** in **1/2-Liter-Doien** la. **Satzgurken**, **Korinthen** (ohne Steine), **Korinthen**, **Schmand** und **Edamer Käse**, **Anfeilwein**, **Kaffee**, **Hühnerfutter**, (2455) **Salzparaffin** mit **Leber**.
Ludwig Wiegels, **Hühnergrube 60.**

Volksküche. 2449

Sonabend, den 27. Mai: Unbestimmt.
Sonntag, den 28. Mai: Fleischsuppe mit Reis, warm. Ochsenfleisch, Kompost u. Kartoffeln.
Montag, d. 29. Mai: Gerstentrockensuppe, Ochsenfleisch und Kartoffeln.
Dienstag, 30. Mai: Bohnensuppe u. Kartoffeln, Khabarber

Für das Pfingstfest

empfiehlt in großer Auswahl noch zu billigen Uebergangspreisen:

- Herren-Anzüge
 - Burschen-Anzüge
 - Knaben-Anzüge
 - Knaben-Waschblusen
 - Herren-Wäsche
 - Strohüte
- für Herren und Knaben

J. H. Pein
-Am Markt. 2458

Taschenuhren **Wanduhren** **Goldwaren** **Silberwaren** empfiehlt billigst **Willi Westfahl**, **Holstenstraße 32**.

Uhren-Reparaturen bill. **Holstenstraße 32**

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der **Buchdruckerei „Eid. Volksbote“** **Godanienstraße 46.**



Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ **Ortsgruppe Lübeck.**

Tour nach Moisling zum **Bezirkstag** am **Sonntag, dem 28. Mai** **Abfahrt 1 Uhr** nachmittags vom **Gewerkschaftshaus**.
2451) **Die Ortsleitung.**

Der Wahre Jacob

• **Humoristisch-satirische Zeitschrift** •
Alle 14 Tage erscheint eine Nummer.
Preis 10 Pfennig.
Bestellungen durch die Zeitschriftenhandlung oder die Expedition unseres Blattes.

Zigaretten- und Zigaretten-Lager!

Große Auswahl in allen erdenklichen Marken! (2440)
Schnell zu **Ergebnissen** an **Verkauf** und **Wiederbestellung!**
20-25 % Erparnis! **Zigaretten** **ca. 100** **35** **100**
Grundmann, Schischule 11, I. Etage. **Lübeck** **405.**
Filiale: Nollstraße 11, Hühnerstraße 121.

Reichs-Buch-Woche

28. Mai bis 3. Juni 1916

veranstaltet vom **Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz**.
Unsere **Millionenheere** brauchen **Millionen** von **Büchern**. Jeder helfe mit, durch **gute Bücher** unsere **tapferen Krieger** geistige **Nahrung** zu **schaffen**! Wer im **eigenen Bücher-schrank** keine **passende Gabe** hat, **helfe** in **den Buchhandlungen**, die **darauf vorbereitet** sind, **reiche Auswahl** zu **billigen Preisen**.
Annahmestellen in Lübeck: **W. Behlendorf**, **Hühnerstr. 71**, **Lübeck & Nöhring**, **Breite Straße 31**, **R. Lübeck**, **Königsstraße 41**, **Berab. Nöhring**, **Breite Straße 61a**, **R. Quitzow**, **Breite Straße 97**, **G. Wetland**, **Königsstr. 70/72**, **Öffentliche Bücher- und Leshalle**, **Mengstr. 25**, **Zentrale vom Roten Kreuz**, **St. Annenstr. 2**.
Wiederangehörige sind bei **den Annahmestellen** zu **haben**. (2452)
Die Lübecker Vereine vom Roten Kreuz.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Der Kampf gegen die Zensur im Reichstage.

Mit nicht geringerer Schärfe als am vorhergehenden Tage, ja mit gesteigerter Heftigkeit nahm die Zensurdebatte im Reichstage am Donnerstag ihren Fortgang. Die Mißbilligung gegen die jetzige Handhabung des Belagerungszustandes erstreckt sich bis in die Reihen der äußersten Rechten, wenn auch die Gründe, die zur Unzufriedenheit führen, nicht allenthalben die gleichen sind. Dies mußte man sich namentlich bei dem scharfen Vorstoß vor Augen halten, den gleich als erster Redner des Tages der Führer der Konservativen Abg. Dertel gegen die Regierung unternahm. Es ist sicher ein seltenes Schauspiel, einen Vertreter der extremen Rechten von der Reichstagstribüne herab nach größerer Freiheit für die Presse und die öffentliche Meinung rufen zu hören. Aber freilich besaß Herr Dertel die Notwendigkeit freier Meinungsäußerung mit Entschiedenheit nur da, wo es sich um die Stimmen der „besorgten Patrioten“ handelt, d. h. der extremen Annexionspolitik, wie sie sich um die Petitionen des Prof. Schäfer gezeichnet haben. So konnte man an einer Stelle der Dertelschen Ausführungen den Zwischenruf hören: „Sie wollen die Zensur für die ändern!“ und nicht zu Unrecht; denn die Zensurierung von Artikeln linksstehender Politiker fand in dem Redner einen warmen Verteidiger. An einer Stelle gestaltete sich die Rede des konservativen Sprechers zu einer förmlichen Demonstration gegen die Regierung, welche den Geist der Unterseebootskrise lebhaft heraufbeschwor, das war, als Herr Dertel einen von der Zensur verbotenen „Kreuzzeitungs“-Artikel Heubrandens in großen Zügen verlas und die Rechte jeden, der darin enthaltenen sehr scharfen Ausfälle gegen die Haltung der Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten mit lebhaftem Beifall unterfährte. Der Nationalliberal Hirsch und der Freikonservative Martin als Sprecher der Deutschen Fraktion hieben in dieselbe Kerbe wie der Vordruder. Daß es diesen Herren nicht um einen wirklichen Schutz der Meinungsfreiheit zu tun ist, geht daraus hervor, daß sie allen Anträgen auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der gesetzlichen Neuregelung der Materie ablehnend gegenüberstehen. Sie hoffen, wohl eher durch ihren politischen Einfluß für sich und ihre speziellen Freunde die Erzürterung der Kriegsziele freizubekommen.

Nachdem schon vorher der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herr v. Jagow in einer kurzen Bemerkung das Verbot des Heubrandens als notwendig bezeichnet hatte, weil er die damals schwebenden politischen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten förde, ergreifen nunmehr als Vertreter der Regierung, der neue Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich und nach ihm Ministerialdirektor Lewald das Wort, um den Standpunkt der Regierung zu verteidigen. Herr Helfferich suchte in der Form der allgemeinen Mißbilligung Rechnung zu tragen, indem er die Zensur als notwendiges Übel beklagte und sich auf die Schwierigkeit der Reglementierung der geistigen Nahrung eines Volkes bezog, die noch schwieriger sei als die Reglementierung der körperlichen Ernährung; in der Sache kam er den geäußerten Wünschen nur sehr bedingt entgegen. Jede gesetzliche Aenderung des bestehenden Zustandes lehnt er ab, obwohl er selber große Härten als unvermeidlich bezeichnet. Er will nur von Fall zu Fall versuchen, nach Möglichkeit Remedur zu schaffen. Ministerialdirektor Lewald legte noch einmal die juristische Auffassung der Regierung dar, die darin gipfelt, daß unter dem Belagerungszustand die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers völlig zurücktritt und die militärischen Kommandostellen nur ihrem obersten Gerichtsherrn für ihre Maßnahmen Verantwortung schulden. Er präziserte die Stellung der Regierung zu den in der Kommission gefaßten Resolutionen, die in fast allen Fällen ablehnend ist. Einen völlig veränderten Charakter nahm die Debatte durch eine wirksame Anklagerede an, in der Genosse Dittmann (Soz. A.) der Zensur den Spiegel vorhielt. Er führte auf Grund eingehender juristischer Darlegungen den Nachweis, daß bei der Entstehung des Gesetzes über den Belagerungszustand sich Regierung und beide

Häuser des Landtages darüber einig waren, daß eine Verantwortlichkeit der Militärbehörden gegenüber der Regierung und der Regierung gegenüber den Parlamenten bestehen sollte. Erst Fürst Bismarck hat diesem Geheiß eine andere Auslegung gegeben. Eindringlich riefte Dittmann an den Reichstag die Aufforderung, sich seine Rechte nicht aus der Hand wenden zu lassen. Den zweiten Teil der Dittmannschen Rede bildete eine Schilderung der Praxis der Zensur, über die er ja eine ganze Reihe von Erfahrungen persönlich sammeln konnte. Mit besonderer Schärfe bekämpfte der Redner die in zahllosen Fällen ohne ausreichenden Grund verhängte Maßnahme der Schughast. Er zeigte, wie durch dieses im Gesetz nicht begründete Maßnahme zahlreiche Existenzen direkt vernichtet worden sind und er forderte mit altem Nachdruck, daß auch für die Schughast all die Rechtsgarantien geschaffen werden, die für die Unterwerfungshaft im Strafprozeß bestehen. Die Regierung wird auf die zahlreichen Fälle am Dienstag eingehend antworten, wie Ministerialdirektor Lewald am Schluß zusagte.

Berlin, 25. Mai.

54. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: Kommissare.
Die Debatte über die Frage der Zensur wird fortgesetzt.
Abg. Dr. Dertel (Kon.): Im allgemeinen stimme ich mit dem Abg. Pfleger überein, ich teile auch seine Beurteilung der Angriffe gegen den Katholizismus; wer in der gegenwärtigen Zeit den Kampf zwischen verschiedenen Bekenntnissen entfacht, veründigt sich am Vaterlande. (Beifall rechts und im Ztr.) Auch in bezug auf den Angriff gegen das Petitionsrecht in Sachen der U-Bootfrage bin ich ganz mit Herrn Pfleger einverstanden. Dagegen sind die Angriffe des Herrn Abg. Viehsing gegen die kommandierenden Generale nicht berechtigt; das Verbot der Zeitung, das er beklagte, war berechtigt, weil diese Zeitung durch Artikel der Abg. Müller-Meinungen und Gothein gegen den Burgfrieden verstoßen hatte. (WiderSpr. links.) Im allgemeinen aber leidet die Presse alle Parteirichtungen unter den gegenwärtigen Umständen. So wurde die Verbreitung einer Rede des Abg. v. Heubrand, die eine würdige Antwort seitens unseres Landes an die amerikanische Regierung forderte, verboten, bei Angriffen einer Wochenchrift aber gegen den Abg. v. Heubrand griff das Auswärtige Amt nicht ein. (Hört, hört!) Mit solchen Verböten bessert man die Stimmung im Volke nicht. (Abg. Hausmann [Spf.]: Sie auch nicht!) Man darf nicht wäterländische Äußerungen unterdrücken, die dem Burgfrieden Rechnung tragen und eine frische kampffreudige Stimmung erhalten wollen. (Abg. Ledebour [Soz. Arb.]: Sie wollen die Zensur nur für die ändern!) Das erzwingende Schweigen erzeugt nicht die Stille der Stärke, sondern die unheimliche Ruhe des dumpfen Drucks. Das Volk hat ein Recht auf eine Presse, die frei und offen die Meinung des Volkes wiederpiegelt. (Lebh. Bravo! rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow: Der vom Vordruder erwähnte Artikel des Abg. v. Heubrand erschien in der „Kreuzzeitung“ als die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren. In diesem Moment wäre der temperamentsvolle Artikel geeignet gewesen, die Verhandlungen mit Amerika zu erschweren. Daher war die Maßnahme seines Verbotes durchaus gerechtfertigt, und ich übernehme dafür die volle Verantwortung. Der Artikel der „Zukunft“ dagegen konnte auf die Entscheidung keinen föhrenden Einfluß mehr ausüben und daher hatte mein Ressort keinen Anlaß, irgendwelche Maßnahmen gegen ihn zu veranlassen. (Bravo! b. d. Zpt.)

Abg. Hirsch-Eisen (Nat.): Eine Beseitigung des Belagerungszustandes können meine Freunde nicht empfehlen, wohl aber wünschen wir eine andere Handhabung. Die Zensur muß sich auf das militärische Gebiet beschränken, sie darf auch nicht so ungleichmäßig wie jetzt gehandhabt werden. Durch die Handhabung der Zensur darf nicht die Freiheit des Durchhaltens im Volke erstickt und es darf nicht im Ausland die Meinung erweckt werden, daß dem deutschen Michel alles geboten werden darf. Auch über die Gefahren, die uns von „neutralen“ Friedensvermittlern drohen, muß das Volk aufgeklärt werden, sonst wird es in bezug auf diese Vermittlung heißen: Nur die allergrößten Kälber, wöhlen ihren Wegger selber! (Sehr gut! bei den Nat.) — Daß der Artikel des Herrn v. Heubrand verboten wurde, die Anpöbeleien gegen ihn aber verbreitet werden durften, ist ganz unzulässig. (Zustimmung b. d. Nat.) — Im Falle Schäfer liegt ein offenkundiger Angriff gegen das Petitionsrecht vor, den wir ganz entschieden zurückweisen müssen. (Lebh. Zustimmung, im Ztr. und b. d. Nat.) Ein starkes Stück der Zensur ist es, daß sie auch verboten hat, den Eindruck zu erwecken, als ob die Zensur die freie Mei-

nungsäußerung unterbinde. (Sttt.) Wenn das deutsche Volk noch immer zum Durchhalten bereit ist, so ist das sicher kein Verdienst der Zensur. (Zust. b. d. Nat.)
Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich halte es nicht für möglich, daß die Maßnahmen der Militärbehörden gewissermaßen dadurch durchkreuzt werden, daß von der Zensur verbotene Sachen hier öffentlich verlesen werden. Das sollte besser in der Kommission geschehen. Die Zensur ist ein notwendiges Übel, sie wird auch in streng parlamentarisch- und in republikanisch-regierten Ländern geübt. Sie arbeitet natürlich mit verschiedenen Methoden und mit einem verschieden gearteten Publikum. Sie arbeitet dort am besten, wo sie am geräuschlosesten arbeitet. Man kann auch nicht dies oder jenes Gebiet aus der Zensur auscheiden, denn der Krieg umfaßt alle Gebiete unseres öffentlichen Lebens. Er wird mit den Waffen, als Wirtschaftskrieg, er wird auch mit Druderschwärze geführt und von unjener Gegnern sehr oft gegen uns mit unjener eigenen Druderschwärze. Gärten und Mißbilligkeiten sind bei der Handhabung der Zensur nicht zu vermeiden. Es ist noch viel schwerer, die geistige Ernährung eines Volkes zu reglementieren als die materiellen. (Sehr gut!) Die Reglementierung ist seit langem bemüht, die Handhabung der Zensur zu bessern. Derjenigen, die oft sehr unangenehm durch die Zensur betroffen werden, werden auch ihrerseits durch Selbstzensur dadurch beitragen können, daß dieser Abbau sich weiter vollzieht.

Ministerialdirektor Lewald: Im Kriegsfalle geht die Zivilgewalt auf Grund des Belagerungszustandes an die Militärgewalt über, unter persönlicher Verantwortung der militärischen Befehlshaber. Der Reichskanzler trägt nach der Verfassung lediglich für die gegengezeichneten Erlasse des Kaisers und Bundesrats die Verantwortung. Für Maßnahmen von Exekutivorganen der Bundesstaaten hat er die Verantwortung stets abgelehnt. Ebenso kann er keine Verantwortung übernehmen für Handlungen der Militärorgane, auf welche die Zivilgewalt jetzt übergegangen ist. Damit vertritt sich der Reichskanzler nicht etwa hinter die Militärorgane, sondern stellt sich auf den Boden der Verfassung und des geltenden Rechts. Im Falle des Prof. Schäfer liegt eine Beschränkung des Petitionsrechtes nicht vor. Die Herren haben ihre Ideen über den U-Bootkrieg, weil sie wußten, daß sie durch die Presse nicht verbreiten durften in Form einer Petition in 750 000 Exemplaren drucken und verbreiten lassen wollen. Diese Umgehung der Anordnung der Militärbehörde mußte verhindert werden. Die Einreichung der Petition an den Reichskanzler ist in keiner Weise gehindert worden. — Die Verhängung der Schughast ist sicherlich für unser Rechtsempfinden verkehrend. Aber im Kriege gilt das Recht der Notwendigkeit und das, was die Resolution fordert, Beschränkung der Schughast auf das aus rein militärischen Gründen notwendige Maß geschieht bereits. Entsprechende Verfügungen des Kriegsministeriums, mit dem der Reichskanzler sich in Verbindung gesetzt hat, sind ergangen und werden beachtet. Dagegen kann dem in Schughast Genommenen nicht das volle Recht des Unterwerfungsgewaltigen gewährt werden, weil es sich zumeist um Spionagefälle handelt, in denen die Ueberführung unmöglich ist, das Beweismaterial und die Komplizen vielfach im Ausland sind. Die vom Abg. Emmel beklagten Beschränkungen in Glag. z. B. auch gegen den Landtag und die Bezirksstage, erklären sich daraus, daß das Reichsland Kriegsgebiet ist. Der Resolution, wonach Zeitungen nur mit Zustimmung des Reichskanzlers sollen verboten werden können, kann nach der ganzen Rechtslage nicht stattgegeben werden. Ich bitte auch die zweite Resolution (Sicherheit gegen Eingriffe der Militärorgane) abzulehnen. Eine Aenderung des gesetzlichen Zustandes kann während des Krieges nicht in Frage kommen.

Abg. Martin-Dels (D. Frakt.) erwidert dem Staatssekretär, daß die einzige Stelle, wo Klagen und Beschwerden über die Zensur vorgebracht werden können, nicht verschlossen werden dürfen. Er schließt sich den Ausführungen Dertels und Hirsch-Eisens an und fordert Freigabe der Kriegszieleerörterungen.

Abg. Dittmann (Soz. A.): Die Rede des neuen Staatssekretärs Helfferich hat Aufklärung über den zukünftigen Kurs der inneren Politik gegeben: es bleibt alles beim Alten. (Wahr! bei der Soz. A.) Bei seiner Entwicklung der absolutistischen Theorie von der Unverantwortlichkeit der militärischen Befehlshaber gegenüber Regierung und Parlament mußte ich an das Wort aus Wallenstein denken: Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat er ihm glücklich abgequackt. Aber so wenig sich damals das Parlament von Bismarck immunisierte, so wenig sollte das Parlament es heute tun. Das Gericht hat später Jacobi und nicht Bismarck recht gegeben. Daß die militärischen Befehlshaber nur dem Kaiser verantwortlich sind, ist eine spätere Auslegung, das Gesetz über den Belagerungszustand von 1851 selbst besagt das nicht. In allen Debatten von 1849 bis 1851 wird als absolut selbstverständlich behandelt sowohl die Verantwortlichkeit der militärischen Befehlshaber gegenüber der Staatsregierung als die Verantwortlichkeit der Staatsregierung gegenüber dem Parla-

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Haring).

77. Fortsetzung.

Es war um diese Zeit, daß der Lärm von der breiten Gasse auch in den Saal drang, wo der Kurfürst mit seinen Räten war. Die am Fenster saßen auch schon die Volksmassen um die schwarze Brüderkirche.

„Der Himmel ward müde seiner Wohlthaten,“ fuhr der Kurfürst fort, indem er nach seiner Gewohnheit auf und ab ging, ohne es zu würdigen, nur einen Blick nach dem Fenster zu werfen. „Wozu denn Großes, Schönes für dies Volk, das es nicht mag. Ein Tagesgöke, angestrichen mit greller Farbe, ist ihm lieber. Wozu denn Herz und Hirn anstrengen für sein Wohl?“ Es versteht die Gebanten nicht, die Wärme wärmt es nicht, es lästert auf seine Wohlthaten.“

„Es scheint etwas Ungewöhnliches,“ sagte der von Schlieben am Fenster.

„Hier kommt nichts Ungewöhnliches auf. Im breiten ausgebreiteten Geleise seiner Falschheit und Gemeinheit geht dies Geschlecht seinen Weg. Gott kann neu geboren werden, die Weisen folgen nicht mehr den Morgensternen; sie laufen den Sternern nach. Wer recht breit und derb eine Alltagswahrscheinlichkeit ihnen ins Ohr schreit, ist der Mann, ihr Heiland. Daß der Widuch das Auerhörte gewagt hat, ist's auch nicht, was sie entzückt, nicht seine Kühnheit, nicht sein Feuer, es ist die grobe Faust, mit der er das Erhabene und Ehrwürdige niederschlägt. Da juchzt der Böbel, jeder von ihnen hätte es ja auch gekonnt.“

„Ein Vöte, er schwenkt den Federhut —“

„Nach dem Schlosse!“

„Er bringt etwas Frohes!“

„Es gibt keine große Volkshast mehr.“

Und doch schallte ein Name durch das Stimmgewirr, dessen Klang auf dem Gesicht des Fürsten keine Wirkung nicht verfehlte.

„Heil Joachim!“ — „Heil unserm Kurprinzen, Heil dem Sieger!“ — „Es lebe der Kurfürst!“

Ein erster Tourier schrie die Nachricht hinein, die wir kennen. Auf den Treppen dröhnte es schon, die Stimmen überschrien sich: „Hoch der Kurfürst! das durchlauchtigste Kurfürst! Einzelne Köpfe fliegen bis an die Fensterscheiben, und die Künzeln auf Joachims Stirn hatten sich gelöst, und eine Träne stand in seinem Auge: „Es ist doch ein gutes Volk!“

„Er lebt, er lebt — ein ungeheurer Sieg — Brandenburgs Stern leuchtet im Orient,“ schrie ein zweiter Kurier.

„Ist's auch wahr?“ Die dunklen Schatten traten wieder auf seinem Gesichte vor. Er glaubte ja an nichts Frohes mehr. Da klirrten die Glasküren der Galerie; die Kurfürstin haßete die Stufen herauf, mit freudeglühendem Gesichte, die Arme erhebend.

„Es ist wahr! — Alles wahr, Joachim — über unserm Sohn hat Gott gewaltet!“

„Er hat ihn gekonnt mit unjerschlichem Sieg für die Christenheit!“ rief der Markgraf.

„Brandenburgs Banner hat ihren Erbfeind geschlagen.“

„Es ist dein Sohn, es ist mein Sohn, Joachim!“

Da blühten zwei Menschengeichter, die kalt wie Eis seit Jahren sich im Glanz der Kerzen begegnet, zum erstenmal nicht kalt einander an. Der Mutter Antlitz glühte vor Freude; der Vatershauch wich von dem des Vaters, sein Auge glänzte, und im nächsten Augenblicke umschlangen sich ihre Arme. Am fernen Donaustrand im Türkenlande hatte der Sohn Vater und Mutter im Schloß zu Cölln an der Spree versöhnt und vereinigt — für einen glücklichen Augenblick.

Wenn das vorhin Jubel war, das war die Freude, die in aller Augen glänzte, und dann in einem Ausruf, der keine Worte fand, sich Luft machte. Die Tränen rannen von den Augen. „Der Kurfürst und die Kurfürstin sind ausgeöhnt.“

Im nächsten Augenblick hatte Joachim seine Tochter an die Brust gehoben und geheßt, dann die andern Kinder; er schaute, er ging wie ein glücklicher Vater umher.

„Den Erbfeind der Christenheit hat er besiegt!“

Es war nun Zeit, daß der Bote selbst, der inzwischen in den Saal getreten, zu Worte kam. Kaum konnte der Ritter von Buch, was er melden wollte, erzählen, so oft ward er unterbrochen von der Kurfürstin und ihrem Herrn, auch den andern Kindern. Sie waren alle so gütig und gnädig; hätte es sich geschick, wäre Frau Elisabeth dem Manne auch um den Hals gefallen, der es mit angesehen, wie ihr Vetter dreimal an der Spitze der Geharnischten in die Feindeshäuser einritt und sie warf, der an seiner Seite gestritten, den ihr Sohn einmal aus den Feinden herausgehoben, der dann, als er durch Wien ritt, hörte, wie man den jungen Prinzen lobpreis und Ehren über Ehren zu keinem Empfang bereitere.

Der Kurfürstin Augen flossen vor Rührung über, indem sie ihre andern Kinder umfaßte, der Kurfürst sah hilflos und sinnend vor sich; er war zufrieden, auch da mancher von den Herren, als der Buch geredet, fragend den andern anschaute, als habe er mehr erwartet, und wunderte sich, daß es zu Ende sei.

Rad darauf dröhnten die Böller an der langen Brücke und Feldschlangen hinter dem Schlosse spielten; dann jagen die Gloden zu Hunderten an, die Pfeiler und Geiger spielten auf den

Galerien der Türme, und die Flaggen wehten von den Masten auf der Spree, von den Kirchtürmen und Ertern.

Als der Zug nach dem Dome in den Gängen sich ordnete, von wo die Orgel schon herüberkante, sprach der von Schlieben zum Hofmarschall: „Im Grunde genommen waren es denn doch nur drei Reitertreffen, in denen unser gnädigster Kurprinz sich als ein ritterlicher Held und wert seiner Ahnen auswies, aber der Türke ist darum, so viel ich vernehmen, noch nicht von der Donau gedrängt, viel weniger denn dem Türkenreich das Garaus gemacht. Dafür bedünkt es mich fast des Lärmens zu viel und das Tedeum zu früh angestellt.“

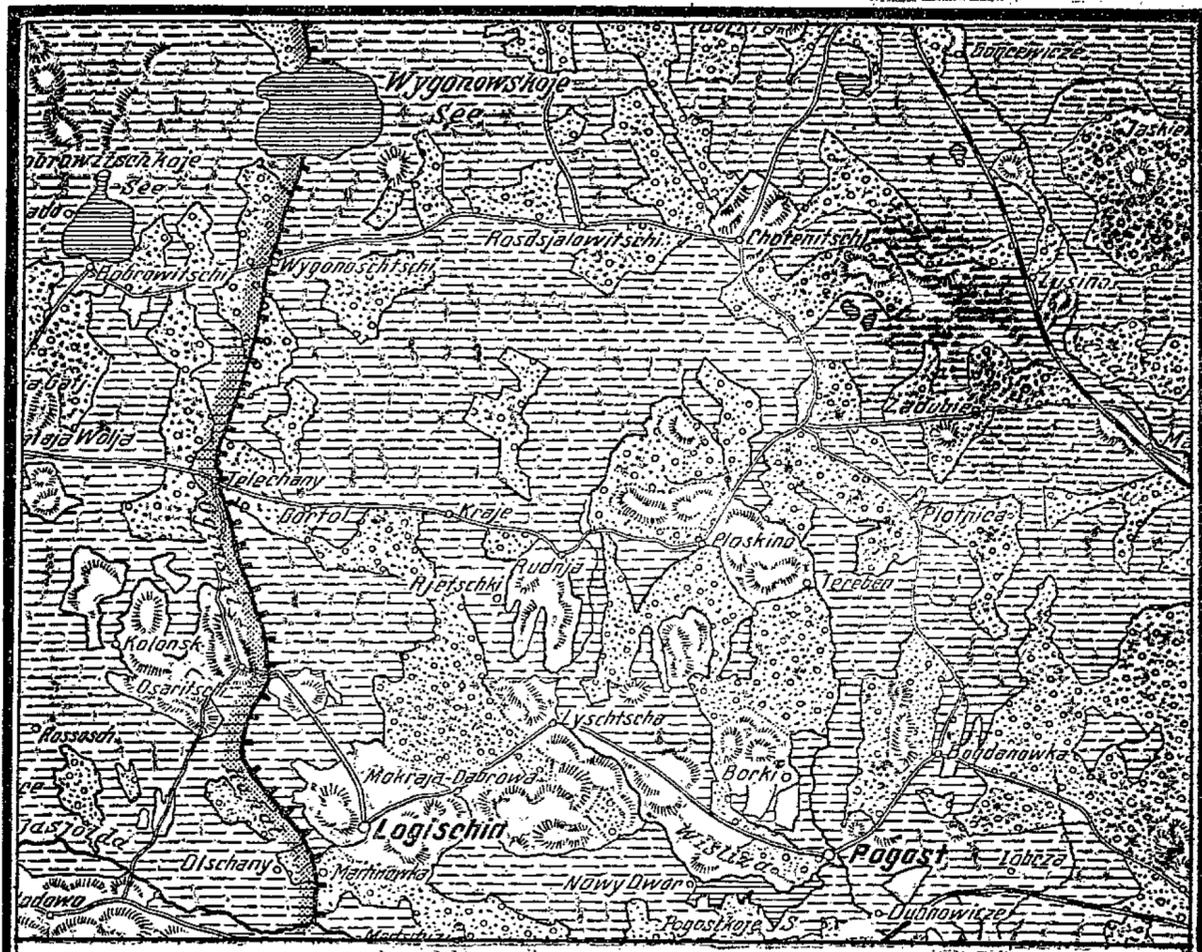
Peter Melchior lächelte in seiner schlauen Weise: „Je zweifelhafter ein Sieg ist, habe ich immer gehört, um so lauter muß man ihn ausschreien. Wenn wir dem Türkenreich den Garaus gemacht, das schrie von sich selbst; da wir es aber nur ein bißchen gerikt haben, können wir nicht genug jagen und läuten und juchzen, sonst glaubt das Volk, wir hätten uns selbst gerikt.“

Wie aber kommen die in Wien dazu, so viel Aufgebens von der Sache zu machen. Sie müssen doch بهتر wissen —“

„Kommt man die Vögel fängt, Herr von Schlieben. Die Ehren, die sie einem brandenburgischen Prinzen erweisen, sind nicht Besahung für das, was er tat, sondern ein Vorbehalt für das, was er tun soll.“

Joachim schritt langsam vorüber in seinem Kurfürstenmantel nach der Domkirche; sein Gesicht war noch von der Freude bestrahlt, aber ernster. Bevor er den Mantel angelegt, hatte er sich auf sein Betpult niedergeworfen: „Das war dein Fingerzeig, Herr des Himmels und der Erde, und ich beuge mich in Ehrfurcht und Zerknirschung. Ich hatte gesagt, ich hatte geweisselt, ich glaubte, die Kraft fehle, dem Drängen, das so mächtig wird, zu widerstehen. Herr, ich wollte nachgeben, um großer Unheil zu vermeiden. Du gabst mir wieder Kraft, du richtest durch die unerwartete Siegesbotschaft meinen wankenden Mut wieder auf. Hier gelob' ich's, und deines Sohnes Mutter und alle heiligen Fürbitter seien Zeugen des Schwurs, ich will nicht mehr wanken, ich will nicht mehr nachgeben; und wenn es mich alles kostet, ich will die Kirche deines Sohnes in meinem Lande und in ihrem Stolz erhalten. Schwach war ich erst jüngst, da ich nachgab, meine Tochter nicht zum Feste deines Sohnes zu lassen. Es war Sünde, um des Hausfriedens willen den Frieden deines Gebotes zu drehen. Ich will nicht wieder schwach sein; ich gelobe es beim allerheiligsten Blute deines Sohnes, am nächsten Fronleichnamstage soll Elisabeth unter den Jungfrauen des Landes dem Generäle folgen.“

„Joachim von Brandenburg hat's gelobt,“ sprach er aufstehend und schlug die Hand an die Brust.



Die Front im Osten. n.1), Oginisky-Kanal

Nichtamtlich. Mutmaßliche Stellungslinie. N.T.B. 2138

Soz. Arb.: Lächerlich! In der Sprache des Abg. Dittmann würde das eine Erpressung bedeuten. (Große Unruhe bei der Soz. Arb.) Die von dem Abg. Dittmann angeführten Fälle waren mit zum größten Teile nicht bekannt, ich werde am Dienstag darauf eingehen. Ich muß aber lebhaft bedauern, daß hier eine solche Rede gehalten wurde. (Lebh. Zustimmung. — Abg. Ledebour [Soz. Arb.] ruft: Lächerlich!)
 Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. Vorher kurze Anfragen, nachher Steuerverordnungen.
 Schluß 7¼ Uhr.

Die Ernährungsfragen vor der Budgetkommission des Reichstags.

Die Beratung begann am Mittwoch mit dem Abschluß: Organisation. Dazu führte Unterstaatssekretär v. Stein aus: Der Bundesrat hat dem Reichstanzler die freie Verfügung übertragen über die Lebensmittel, Futtermittel und Rohstoffe. Er bekommt damit unbeschränkte Vollmachten. Zur Verwaltung und Verteilung der Vorräte wird eine besondere Organisation geschaffen. Der Reichstanzler muß seine Verordnungen dem Bundesrat sofort vorlegen. Die neue Organisation heißt Kriegsernährungsamt; sie hat einen Vorstand von sieben bis neun Mitgliedern, an dessen Spitze Herr v. Batocki steht, der eigenmächtig entscheiden kann, nach vorgängiger kollegialer Beratung. Daneben wird geschaffen ein größerer Beirat, in dem vertreten sind: die Regierungen, die Kriegsgesellschaften und die Interessenten. Dieser Beirat soll in grundsätzlichen Fragen entscheiden. Die Knappheit an Lebensmitteln kann durch diese Organisation zwar nicht beseitigt werden, aber die Verteilung wird eine zweckmäßigere sein. Die Abwehrmaßnahmen innerhalb Deutschlands sollen einer genaueren Prüfung unterzogen werden. Der Bedarf des Heeres muß in erster Linie gesichert werden, deshalb wird der neuen Behörde ein höherer Offizier beigegeben. Dadurch soll weiter erreicht werden, daß die Maßnahmen der militärischen Behörden mit dem ganzen System in Einklang gebracht werden. In die Produktion soll dagegen die neue Organisation nicht eingreifen. Durch die Verteilung der Futtermittel gewinnt die neue Organisation Einfluß auf die Regelung der Viehzucht.

Im Anschluß an diese Ausführungen entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte, in der es sich besonders darum handelte, zunächst die Frage zu erörtern, wie die Schwierigkeiten der Volksernährung bis zur nächsten Ernte behoben werden können. Diese Abicht wird insbesondere auch vom Abg. Ebert (Soz.) unterstrichen.

Abg. Graf Westarp (Kons.) berichtet dann über den Stand der vorhandenen Lebensmittel, die bei Sparlichkeit für die nächsten zwei Monate ausreichen. Am besten ist es, ganz offen zu reden. Das schafft Aufklärung im Innern. Rücksicht auf das Ausland hat keinen Zweck. Das Brotgetreide reicht aus, wir müssen aber vorzüglich haushalten; es wird dann möglich sein, die Brotkrone für Schwerarbeitende zu erhöhen. Man darf nicht schon jetzt davon reden, daß wir eine großartige Ernte bekommen; das muß abgewartet werden. Die Vorräte an Getreide und Hafer sind ziemlich erschöpft.

Unterstaatssekretär Michaelis teilt mit, daß unsere Getreidevorräte ausreichen; die dicht besiedelten Gegenden sollen jetzt größere Mengen erhalten. Die Reserve von 400 000 Tonnen hat sich verbessert, nachdem die Heeresverwaltung 80 000 Tonnen weniger gefordert hat. Aus Rumänien sind 97 000 Tonnen eingeführt worden; dadurch konnte man größere Mengen der Volksernährung dienstbar machen. So sind einer Anzahl Kommunen Mehrbeträge zur Verbesserung der Brotkrone geliefert worden. Die Kartoffelvorräte sind knapp. Was wir nun noch an Brotgetreide haben, muß festgehalten werden. Die Kommunalverbände haben willig ihre Ueberflüsse herausgegeben. Das ausländische Mehl ist mit erfasst worden; im freien Verkehr kann nicht mehr viel sein. Wo sich noch die Möglichkeit der Beschaffung im freien Verkehr bietet, soll sie nicht unterbunden werden.

Staatssekretär Helfferich betont, daß mit größter Offenheit verfahren werden soll. Man konnte aber nicht bereits früher in aller Öffentlichkeit zugeben, daß unsere vorjährige Ernte schlecht war.

Abg. Wöhme (Natf.) glaubt, daß die vorhandenen Vorräte ausreichen, um für Industrie- und Landarbeiter die Brotkrone zu erhöhen.

Abg. Giesberts (Ztr.) fordert das gleiche für die Industriearbeiter im Westen und regt eine bessere Brotmischung an. Gerade der Bergmann lebt hauptsächlich vom Brot. Das im freien Verkehr eingeführte Mehl sollte nicht öffentlich angeboten werden dürfen.

Unterstaatssekretär Michaelis versichert, daß diese Wünsche möglichst berücksichtigt werden sollen. Für die Bergarbeiter und die Gewerbetreibenden ist bereits eine höhere Brotkrone vorgesehen

worden. Den Kommunalverbänden sollen größere Mengen Graupen zur Verfügung gestellt werden.
 Abg. Dr. Wendorf (Wpt.): Es ist besser, der Bevölkerung reinen Wein einzuschütten. Die Verstimmung im deutschen Volke wäre nicht so groß, wenn man dem Volke nicht immer erzählt hätte, die deutsche Landwirtschaft sei in der Lage, den Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Jetzt zeigt sich, wie falsch diese Behauptung war. Die vorhandenen Vorräte mühen in der Hauptsache dem Teil des Volkes zugewiesen werden, der schwere Arbeit zu leisten hat. Die beabsichtigte Nachzahlung für Hafer ist durch nichts berechtigt.

Unterstaatssekretär Michaelis gibt Auskunft über die Wirkung der Reports (der Differenz zwischen höherem und niedrigerem Preis), durch deren Gewährung mehr Getreide abgeliefert wurde.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) tritt dafür ein, der Öffentlichkeit die volle Wahrheit zu sagen, denn es ist ein Pessimismus einzusetzen, der sehr bedenklich ist. Die Erhöhung der Brotkrone für die Schwerarbeitenden ist zu begrüßen. Bei der Graupen- und Grießverteilung ist streng darauf zu achten, daß die gelieferten Vorräte nicht wieder verschwinden. Am besten ist es, man beschränkt den freien Verkehr vollständig. Die Regierung darf sich nicht auf die Gemeinden verlassen; sie selbst muß die Art der Verteilung anordnen. Die Knappheit an Kartoffeln muß dazu führen, daß die vorhandenen Vorräte sofort zu Präparaten verarbeitet werden, damit sie nicht wieder verschwinden. Nicht die Freiwilligkeit hat dazu geführt, daß mehr Getreide abgeliefert wurde, sondern die scharfen Mittel, die zur Anwendung gelangt sind. Die nachträgliche Erhöhung der Haferpreise war eine ganz verkehrte Maßnahme; von einer Nachzahlung an die Landwirte, die vorher verkauft hatten, kann aber gar keine Rede sein. Die Unterdrückung der Mehlpreise hat keinen Zweck; besser ist es, wenn die Gemeinden die angebotenen Vorräte beschlagnahmen.

Abg. Dr. Köstke (Bund d. Landw.) behauptet, daß die Landwirtschaft nur deshalb den Bedarf des deutschen Volkes nicht decken konnte, weil wir eine Mißernte hatten. Hätte man höhere Futtermittelzölle geschaffen, dann hätten wir die Katastrophe mit dem Fleischmangel nicht. Bei der Verteilung darf nicht nach einem bestimmten Schema gearbeitet werden. Kartoffelvorräte werden heute nicht mehr zurückgehalten. Die Fehler, die in der Lebensmittelversorgung gemacht wurden, lagen nur in der Organisation. Man hat die Menge der vorhandenen Vorräte stets übersehen.

Abg. Dr. Meisinger (Ztr.) hofft, daß die Militärverwaltung ihre Ansprüche soweit als möglich ermäßigt, damit der Bevölkerung mehr gegeben werden kann. Besondere Berücksichtigung verdienen die Erntearbeiter. In einzelnen Städten sind Ueberflüsse an Kartoffeln vorhanden, die abgefordert werden müssen. Die Landwirtschaft verdient Anerkennung dafür, daß sie ihr Getreide so rasch abgeliefert hat.

Abg. Hoff (Wpt.) bekämpft die Reports und empfiehlt die Getreidepreise herabzusetzen, wenn das Getreide nicht bis zu einem bestimmten Termin abgeliefert ist. Bei zweckmäßiger Organisation hätten unsere Vorräte weit besser ausgereicht. Ohne Zweifel sind wieder erhebliche Mengen Getreide veräußert worden. Die nachträgliche Bewilligung höherer Preise für bereits verkauften Hafer ist durch nichts zu rechtfertigen. Redner jetzt dann auseinander, daß die landwirtschaftlichen Zölle nicht die immer noch von dem Bund der Landwirte vorgetriebene Wirkung hatten. Sie hätte man dann den Boden zum Anbau von größeren Mengen Futtermitteln hergenommen? Die Argumente der Agrarier schlagen der Wahrheit direkt ins Gesicht.

Staatssekretär Helfferich bittet dringend, in keine Zoffdebatte einzutreten; die Tatsache sei nicht zu bestreiten, daß die Getreideproduktion erheblich gestiegen sei.

Abg. Käppler (Soz.) fordert eine andere Preispolitik für Getreide. Hunderttausende Zentner Getreide sind verfüttert worden. Das ist nur zu vermeiden, wenn die Preise für alle Getreidearten möglichst gleich sind. Für Schnelligkeitsprämien bei Lieferung des Getreides bestand kein Anlaß, besser könnte man sich mit Dreißig-Prämien abfinden. Die Schwankung der Mehl- und Brotpreise in den einzelnen Kommunen erklärt sich aus den Zuschüssen, die die Gemeinden für sich erheben. Der Brotpreis darf den Mehlpreis nicht übersteigen, sonst kann man mit Recht von Kuchen reden, der von den Bäckern getrieben wird. Es ist nicht zu verstehen, wo das immer wieder angebotene Auslandsmehl herkommen soll.

Unterstaatssekretär Michaelis: Auf die Brotpreise hat die Reichsgetreidezölle keinen Einfluß; ihre Festlegung ist Sache der Gemeinden. Selbstverständlich ist, daß Auslandsmehl nur unter Verletzung bestehender Vorschriften auf den Markt kommen kann.

Abg. David (Soz.): In landwirtschaftlichen Großbetrieben mögen Kartoffeln nicht mehr vorhanden sein; in vielen kleinen Betrieben ist das anders. Dort werden immer noch Kartoffelvorräte verschwiegen, die zur Schweinemast verwendet werden. Redner tritt den sozialpolitischen Ansichten des Abg. Dr. Köstke entgegen. Der höhere Futtermittelzoll soll nicht den Anbau von

Futtermitteln fördern, sondern die Preise in die Höhe treiben. Die Ausdehnung des Futtermittelbaues könnte nur auf Kosten des Körnerbaues geschehen. Die Verteuerung der Futtermittel würde die Kleinbäuerliche Viehhaltung schwer schädigen. Die Steigerung der Getreideproduktion steht, wie das Beispiel Dänemarks zeigt, in keinem Zusammenhang mit den Zöllen.
 Abg. Dr. Köstke (Bund d. Landw.) verteidigt nochmals die landwirtschaftlichen Zölle. Die jetzt vorhandenen Schwierigkeiten sind nur auf die Mißernte zurückzuführen.
 Die Beratungen wurden am Donnerstag fortgesetzt.

Die Umsatzsteuer in zweiter Lesung angenommen.

Der Steuerauschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner Mittwochsitzung mit der von den Kompromißparteien in Abweichung von den Beschlüssen erster Lesung beantragten Umsatzsteuer. Berichterstatter Juna erklärte einleitend, daß unter den Antragstellern eine grundsätzliche Einigung erzielt sei. Der eigentliche Quittungsstempel werde aus, abgesehen von Ausnahmen, in denen man aber auch das verhaftete Wort „Quittung“ vermeide und durch „Schriftliches Empfangsbekenntnis“ ersetze. Die Steuer sollte mit 1 vom Tausend erhoben werden nicht von der Einzelzahlung, sondern von der Gesamtsumme der für Lieferungen geleisteten Zahlungen eines Gewerbebetriebes. Die Form des Stempels sei beizubehalten, da die Aufstellungen, die die Gewerbetreibenden am Jahresschlusse über die eingegangenen Zahlungen zu machen haben, gestempelt werden sollen.

Reil (Soz.): Er halte trotz der Ausfallslosigkeit, noch einen Einfluß auf die Beschlüsse auszuüben, einige allgemeine Bemerkungen für angezeigt. Es handle sich um eine neue Vorlage, die nicht von der Regierung, sondern von einer Anzahl Parteien gemacht werde. Diese Parteien können sich mit ihrer Steuerpolitik nur auf einen Bruchteil des Volkes stützen. Sie isolieren mit ihrem Vorgehen nicht die Sozialdemokraten, sondern sie isolieren sich selbst von den Massen des Volkes. Inwieweit sei das Verfahren vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus ganz erfreulich. Bedauerlich sei es aber im Hinblick auf den Ernst der Zeit. Die Geschlossenheit des Volkes im Kampfe um seine Existenz werde dadurch nicht gefördert. Rätselhaft sei, wie selbst die bürgerliche Linke, die in der ersten Lesung sachlich die Umsatzsteuer abgelehnt habe, diese Politik mitmachen könne. Die Umsatzsteuer hemme den rationalen Gewerbebetrieb. Sie begünstige den großen Profit bei kleinem Umsatz und bestrafe den kleinen Profit bei großem Umsatz. Sie bewirke eine Befähigung der Gewerbebetriebe, werde abgewälzt und dabei aufgerundet und befaßt damit den gesamten Verbrauch bis zum Gas, elektrischen Strom und selbst dem Wasser. Die gemeindlichen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sogar würden von ihr betroffen, obgleich die Gemeinden ebenso unter den Kriegslasten leiden wie das Reich.

Bund (Wpt.): Seine Partei halte die Umsatzsteuer für unerwünscht. Aber sie sei, da alle ihre Versuche, die Steuererhebung gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu machen, erfolglos geblieben seien, in die Zwangslage verlegt worden, mit den übrigen Parteien gemeinsam die notwendigen Mittel zu beschaffen.

Wüller-Fulda (Ztr.): Es sei von Anfang an allgemeiner Wunsch gewesen, die Steuererhebung vom ganzen Reichstag machen zu lassen. Da aber die Sozialdemokraten sich gegen jede indirekte Steuer erklärt hätten, habe deren Zustimmung zu den Vorberatungen keinen Zweck gehabt. Daß eine Reihe von Parteien sich zu unterstützen vereinigte, sei schon oft dagewesen.

Reil (Soz.): Das ist nicht zu beanstanden. Wir sehen uns nicht danach, die Verantwortung für die Geheze zu tragen. In diesem Falle aber ist die Kommission ausgeschaltet worden. Die zweite Lesung war nur eine Scheinberatung. Wenn das heute anders wird, so nur, weil sich die Mehrheit über manche Einzelheiten noch nicht einig ist. Abgelehnt haben wir allerdings von Anfang an, uns auf den Boden des Regierungsprogramms zu stellen. Wir haben aber andere Vorschläge gemacht, die einer ersten Prüfung nicht unterzogen worden sind. — Wiermer (Wpt.) berichtet, seine Fraktion habe den ernstesten Willen gehabt, mit der Sozialdemokratie gemeinsam die Steuern zu machen. Sie bedauere, daß es der Sozialdemokratie nicht möglich gewesen sei, bei den indirekten Steuern entgegenkommen zu zeigen. Die Rechte der Kommission seien vollständig gewahrt worden. — Vorsitzender Gradnauer (Soz.) empfiehlt, da formell gegen das eingeschlagene Verfahren nichts einzuwenden sei, nunmehr zur Beratung der Vorlage zurückzukehren. — Antrick (Soz.): Diese Steuer wird abgewälzt werden und mit den anderen indirekten Steuern drückend wirken. Wie wird sie sich aber vertragen mit den bestehenden staatlichen und gemeindlichen Umsatzsteuern? — Unterstaatssekretär Jahn: Darüber haben Verhandlungen mit den einzelstaatlichen Regierungen noch nicht stattgefunden. — Cohen (Soz.) beantragt, die Lieferung von Gas, Elektrizität und Wasser durch staatliche und Gemeindefabriken, die doch nicht Kapitalprofite erstreben, von der Umsatzsteuer frei zu lassen. — Ueber diesen Antrag entspannt sich eine längere Debatte, in der neben dem Antragsteller ein Fortschrittler, ein nationalliberaler und ein konservativer Redner für die Vertreter des Zentrums und der Regierung gegen den Antrag sprachen. — Der Antrag Cohen wird schließlich mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Ebenso wird ein Antrag Mayer-Kaufbeuren angenommen, wonach Zahlungen von Waren, die im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden, befreit bleiben. Im übrigen finden sowohl die neuen Tarifbestimmungen wie auch die vorgelegene Ergänzung des Stempelgesetzes mit geringfügigen redaktionellen Änderungen Annahme.

Zu der Schlussbestimmung, wonach der Bundesrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bestimmen soll, beantragen die Fortschrittler, den Zeitpunkt gleich zu bestimmen, und zwar den 1. Januar 1917. Man solle nicht mitten im Jahre mit der Steuer beginnen. Man solle auch Rücksicht nehmen auf die Geschäftsinhaber, die jetzt ihre Geschäfte nicht selbst leiten können. Staatssekretär Helfferich widerspricht und schlägt den 1. Oktober 1916 vor. Ein Vierteljahr bewirke einen Einnahmeverlust von 50–60 Millionen, der neben den anderen Abstrichen nicht gut zu ertragen sei. — Nachdem Erzberger sich für den 1. Oktober 1916 ausgesprochen, wird der Antrag der Fortschrittler gegen die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und der 1. Oktober 1916 eingesezt.

Die Sozialdemokraten beantragen, die in erster Lesung beschlossene Bestimmung wieder aufzunehmen: „Die Aushebung des Quittungsstempels und der Abgabe vom Umsatz hat spätestens nach Verlauf des zweiten Rechnungsjahres nach Friedenschlusse zu erfolgen, wenn sie der Reichstag fordert.“ — Antrick (Soz.) begründet den Antrag, Staatssekretär Helfferich bezeichnet ihn als unannehmbar. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.
 Damit ist die Vorlage im ganzen angenommen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Feststellung von Kriegsschäden.
 Die Reichstagskommission setzte am Mittwoch die Beratung des § 3 der Regierungsvorlage fort. Diese enthält die näheren Bestimmungen über die Art der Festsetzung der Schäden. Wenn die Sache zerstört oder abhanden gekommen ist, muß der volle Wert ersetzt werden, andernfalls nur die Wertminderung. Die Polen fordern einen Zusatz, der Vergütung verlangt für „Erwerbsschäden, die durch Verfügungen der Militärbehörden, wie Schließung von gewerblichen Unternehmungen, Inhaftierungen, Gebietserweiterungen, wenn dieselben nicht durch Verluste gegen bestehende Gesetze oder Verordnungen begründet waren, entstanden sind.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Konservativen verlangten

